

Inhaltsverzeichnis

Schrifttumsverzeichnis	XXXI
Abkürzungsverzeichnis	XCV

Einleitung	1
I. Aufgabenstellung und Methode	1
1. Aufgabenstellung	2
2. Methode	3
II. Literaturstand	5
III. Gang der Untersuchung	9

Erster Teil

Verfassungsrechtsbegriffliche und verfassungsrechtssystematische Ausgangslage

Erstes Kapitel

Begrifflich-systematische Vorabklärungen

§ 1 Definition des Selbstauflösungsrechtes und Abgrenzung von verwandten Begriffen	12
I. Vorzeitige Beendigung der Wahlperiode, Parlamentsauflösung und Vertagung	12
1. Historische Ursprünge des Rechtes zur Auflösung der Volksvertretung	13
2. Die heutige Unterscheidung der Begriffe „Parlamentsauflösung“ und „vorzeitige Beendigung der Wahlperiode“	14
3. Abgrenzung Vertagung - Auflösung	16
II. Arten des parlamentarischen Selbstauflösungsrechtes	17
1. Formelles Selbstauflösungsrecht	17
2. Materielles Selbstauflösungsrecht	18
3. Einordnung des Art. 58 SächsVerf	18
§ 2 Systematische Einordnung	18
I. Das Selbstauflösungsrecht im parlamentarisch-repräsentativen System	19

1. Die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode als Ausnahmeregelung	19
2. Plebiszitäre Komponente des Selbstauflösungsrechtes?	20
II. Vorbedingungen eines Selbstauflösungsrechtes	22
1. Parlamentsautonomie und Volkssouveränität	22
2. Ausdrückliche Normierung	22
3. Der verfassungspolitische Hintergrund des Selbstauflösungsrechtes	23

Zweites Kapitel

Die verschiedenen Auflösungskonstellationen und die bisherige politisch-rechtliche Relevanz des Selbstauflösungsrechtes

§ 3	Auflösungsmöglichkeiten der Landtage - Regelungen der Landesverfassungen im Überblick	24
I.	Landtagsauflösung aufgrund von Spannungen zwischen Parlament und Regierung	25
1.	Landtagsauflösung bei Unfähigkeit des Parlamentes eine neue Regierung zu bilden	25
2.	Landtagsauflösung nach gescheiterter Vertrauensfrage oder erfolgreichem Misstrauensantrag	26
3.	Landtagsauflösung durch die Regierung	27
II.	Landtagsauflösung auf Initiative des Volkes	27
1.	Landtagsauflösung durch Volksentscheid	27
2.	Landtagsauflösung durch Volksabstimmung	28
III.	Begriffliche Abgrenzung und Zwischenresümee	29
1.	Selbstauflösungsrecht: Erfordernis eines eigenen Beschlusses... ..	29
2.	Fehlende Normierung materieller Tatbestandsmerkmale für eine parlamentarische Selbstauflösung	30
3.	Verfassungsrechtlicher Vergleich der Anzahl der Auflösungstatbestände	30
§ 4	Überblick über bislang erfolgte und versuchte Selbstauflösungen deutscher Landtage	31
I.	Bisher noch keine Selbstauflösung des Sächsischen Landtages	32
1.	Überlegungen zu einer parlamentarischen Selbstauflösung im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf 2001/ 2002	32
2.	Volksantrag zur Auflösung des Landtages im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf? ...	33

II.	Parlamentarische Selbstaufösungen in anderen Bundesländern	33
1.	Die Selbstauflösung des Niedersächsischen Landtages im April 1970 und der gescheiterte Selbstauflösungsversuch im Herbst 1988	34
a.	Politischer Hintergrund der Selbstauflösung 1970.....	34
b.	Die Selbstauflösung als Schritt zur Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit	36
c.	Die abgelehnte Selbstauflösung 1988	36
2.	Die Selbstaufösungen des Berliner Abgeordnetenhauses im März 1981 und im September 2001	37
3.	Die Selbstaufösungen der Hamburger Bürgerschaft im Oktober 1982, März 1987, Juli 1993 und Dezember 2003	40
4.	Die Selbstauflösung des Hessischen Landtages 1983 und das Scheitern eines entsprechenden Antrages 2000	41
5.	Die Selbstauflösungsversuche des Brandenburger Landtages im April 1994 und im Juni 2002	42
6.	Der Selbstauflösungsversuch des Landtages Schleswig-Holstein im Oktober 2007	43
III.	Zwischenfazit	44
1.	Offenheit des Selbstauflösungsrechtes	44
2.	Das Selbstauflösungsrecht als Ultima Ratio	45

Zweiter Teil

Entstehung und politisch-rechtliche Entwicklung des parlamentarischen Selbstauflösungsrechtes in Sachsen - Kontinuitäten und Brüche

Erstes Kapitel

Verfassungsgeschichtliche Grundlagen und Entwicklung des parlamentarischen Selbstauflösungsrechtes in Sachsen

§ 5	Das Auflösungsrecht des Königs nach der Sächsischen Verfassung von 1831	49
I.	Das monarchische Prinzip als verfassungsrechtliche Grundlage	49
1.	Der König als souveränes Staatsoberhaupt	50
2.	Die Befugnisse der Ständeversammlung.....	50
3.	Die Revolution von 1848/ 49 und ihre Folgen für Sachsen	51
4.	Die verfassungsrechtliche Stellung des Landtages zwischen 1871 und 1918	53

II.	Keine Parlamentsherrschaft.....	55
1.	Beschränkung der Ausübung der Staatsgewalt des Monarchen	55
2.	Fehlende parlamentarische Verantwortung der Regierung	55
§ 6	Möglichkeiten zur Auflösung der Sächsischen Volkskammer und des Sächsischen Landtages in der Zeit der Weimarer Republik.....	56
I.	Vorgaben der Weimarer Reichsverfassung	56
1.	Die Stellung der Regierung im Verhältnis zum Landtag	56
2.	Ausgestaltung der Auflösungsmöglichkeiten des Landtages.....	57
II.	Die Auflösungsregelungen im Vorläufigen Grundgesetz für den Freistaat Sachsen.....	57
1.	Auflösung der Volkskammer auf Verlangen der Abgeordneten durch das Gesamtministerium gem. § 10 VorlGG.....	58
2.	Auflösung der Volkskammer nach Volksabstimmung über ein Gesetz gem. § 16 VorlGG	58
III.	Die erstmalige Regelung des parlamentarischen Selbstauflösungsrechtes in Sachsen nach Art. 9 Abs. 1 SächsVerf 1920	59
1.	Der Regierungsentwurf vom 19. April 1920.....	59
2.	Erste Lesung des Verfassungsentwurfes und Detailberatungen im Sonderausschuss	60
3.	Zweite Lesung des Verfassungsentwurfes	64
4.	Anforderungen an eine parlamentarische Selbstauflösung nach Art. 9 Abs. 1 SächsVerf 1920.....	65
5.	Das Selbstauflösungsrecht des Sächsischen Landtages im historischen Vergleich.....	66
6.	Stellungnahme	67
IV.	Die Praxis des Selbstauflösungsrechtes bis zur 'Neubildung' des Landtages im April 1933	68
1.	Selbstauflösung aufgrund von Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung? - Die Anträge der KPD und der NSDAP auf Selbstauflösung des Sächsischen Landtages vom 22. Juli 1930	68
2.	Anhaltende Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung - Der Antrag der NSDAP auf Selbstauflösung des Sächsischen Landtages vom 5. Februar 1931	70
3.	Der Antrag der KPD auf Selbstauflösung des Landtages vom 30. September 1931 im Zusammenhang mit einem Volksbegehren auf Auflösung des Landtages	71

4.	Selbstauflösung des Landtages infolge der Auflösung des Reichstages? - Der Antrag der NSDAP vom 14. Juni 1932.....	74
5.	Stellungnahme	75
V.	Kein Selbstauflösungsrecht unter dem Nationalsozialismus: Die Aufhebung des parlamentarischen Systems	75
1.	Die 'Neubildung' des Landtages 1933 ohne Neuwahlen	76
2.	Die Auflösung des Sächsischen Landtages durch das Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich	76
3.	Die Aufhebung der Landtage durch das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches.....	77
4.	Formale Fortexistenz der Länder	77
§ 7	Die Selbstauflösungsbefugnis des Landtages unter dem sozialistischen Herrschaftssystem	78
I.	Entstehung und politisch-rechtliche Legitimation der Verfassung des Landes Sachsen vom 28. Februar 1947	78
1.	Versuch eines demokratischen Neuaufbaus von unten nach oben.....	78
2.	Die Stellung des Sächsischen Landtages nach den verschiedenen Verfassungsentwürfen der Parteien	79
a.	Die zentralen Musterentwürfe der SED	80
b.	Der Verfassungsentwurf der CDU	81
3.	Die Verabschiedung der Sächsischen Verfassung nach den Beratungen im Verfassungsausschuss und im Plenum	82
4.	Das demokratisch-parlamentarische Prinzip in der Sächsischen Verfassung von 1947	83
II.	Das Selbstauflösungsrecht nach der Sächsischen Verfassung vom 28. Februar 1947.....	84
1.	Unterschiedliche Quoren in den Entwürfen der SED und der CDU	84
2.	Beschlussfassung mit absoluter Mehrheit	85
III.	Die schleichende Auflösung der Länder der DDR, insbesondere Sachsens 1952-1968/ 74	86
1.	„Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe“	86
2.	Die Selbstauflösung des Sächsischen Landtages vom 26. Juli 1952	87
3.	Fortgeltung der Sächsischen Verfassung?.....	88

Zweites Kapitel

Die Genese des Selbstauflösungsrechtes gem. Art. 58 SächsVerf

§ 8 Die Neugründung des Freistaates Sachsen und die Wiedererrichtung des Sächsischen Landtages im Zuge der Wiedervereinigung.....	89
I. Entstehung des Freistaates Sachsen	89
1. Der Koordinierungsausschuss für die Bildung des Landes Sachsen	90
2. Das Ländereinführungsgesetz vom 22. Juli 1990	90
II. Die Stellung des wiedererrichteten Landtages nach der Sächsischen Verfassung von 1992	91
1. Entscheidung für das parlamentarische Regierungssystem.....	91
2. Der Landtag als ein oberstes Staatsorgan.....	92
§ 9 Die Diskussion um das Selbstauflösungsrecht im Vorschaltgesetz - Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, Drucksache 1/ 981	92
I. Inhalt des Vorschaltgesetzes	93
1. Rechtliche Organisationsregelung.....	93
2. Keine verfassungsrechtliche Verankerung eines Selbstauflösungsrechtes.....	93
II. Der Vorschlag der SPD-Fraktion zur Aufnahme eines Selbstauflösungsrechtes in das Vorschaltgesetz.....	94
1. Die Begründung der SPD-Fraktion für die Aufnahme des Selbstauflösungsrechtes in das Vorschaltgesetz.....	95
2. Stellungnahmen anderer Fraktionen zum Vorschaltergänzungsgesetz	95
3. Stellungnahme	96
§ 10 Die Verfassungsentwürfe für den Freistaat Sachsen unter besonderer Berücksichtigung des Selbstauflösungsrechtes	97
I. Die politische Ausgangssituation in Sachsen 1989/ 90, insbesondere der Verfassungsentwurf der Arbeitsgruppe des Bezirkstages Dresden vom 19. März 1990	97
1. Errichtung von Ländern oder Bezirken?	98
2. Das Selbstauflösungsrecht nach dem Entwurf der parlamentarischen Arbeitsgruppe des Bezirkstages Dresden.....	99

II.	Das Selbstauflösungsrecht in den Verfassungsentwürfen der „Gruppe der 20“	100
1.	Fehlen eines Selbstauflösungsrechtes im ersten Verfassungsentwurf der „Gruppe der 20“ vom 13. März 1990	103
2.	Überarbeitung des Verfassungsentwurfes der „Gruppe der 20“ nach Anregungen von Prof. Hans von Mangoldt	103
3.	Die Aufnahme des Selbstauflösungsrechtes in den Verfassungsentwurf der „Gruppe der 20“ vom 26. März 1990	104
III.	Das Selbstauflösungsrecht in den Diskussionen der Arbeitsgruppe „Landesverfassung“ der Gemischten Kommission Sachsen/ Baden-Württemberg - Der Gohrische Entwurf	106
1.	Zusammensetzung und Arbeitsweise der Gemischten Kommission	107
2.	Vorschlag und Korrektur des Selbstauflösungsrechtes in den Beratungen der Kommission	109
3.	Der Gohrische Entwurf (CDU/ FDP) - überarbeitete Fassung vom 23. Oktober 1990, Drucksache 1/ 25.....	112
IV.	Weitere Entwürfe und ihre Relevanz für das Selbstauflösungsrecht	113
1.	Der Entwurf sächsischer Hochschullehrer	113
2.	Der Gesetzentwurf der Fraktion Linke Liste-PDS - Drucksache 1/ 26.....	115
3.	Der Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/ Grüne - Drucksache 1/ 29	116
4.	Der Antrag der SPD-Fraktion vom 12. November 1990 - Drucksache 1/ 31	117
V.	Vergleich der Verfassungsentwürfe hinsichtlich des Selbstauflösungsrechtes	117
1.	Übereinstimmung hinsichtlich des Erfordernisses des 2/3-Beschlussquorums	117
2.	Termin für Neuwahlen	118
§ 11	Die Behandlung der Verfassungsentwürfe in den Ausschüssen und im Plenum des Sächsischen Landtages	118
I.	Erste Lesung der Verfassungsentwürfe - Plenarprotokoll 1/ 3 vom 15. November 1990	119
1.	Begründung der Entwürfe	119
2.	Überweisung der Entwürfe an den Verfassungs- und Rechtsausschuss	120

II.	Zweifel an der Notwendigkeit eines Selbstauflösungsrechtes auf der ersten Klausurtagung des Verfassungs- und Rechtsausschusses am 21./ 22. Dezember 1990.....	121
1.	Festlegungen über die Vorgehensweise bei den Verfassungsberatungen auf den ersten beiden Sitzungen des Verfassungs- und Rechtsausschusses Ende 1990	121
2.	Behandlung der einzelnen Artikel, insbesondere des Selbstauflösungsrechtes in den Verfassungsberatungen	122
3.	Diskussion der Begrifflichkeit und Erforderlichkeit des Selbstauflösungsrechtes auf der ersten Klausurtagung	123
III.	Keine Streichung des Selbstauflösungsrechtes trotz dahingehender Empfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung auf der vierten Klausurtagung des Verfassungs- und Rechtsausschusses am 16./ 17. März 1991.....	125
1.	Zwischenbericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	125
2.	Einmütige Antwort des Verfassungs- und Rechtsausschusses: Erforderlichkeit des Selbstauflösungsrechtes.....	125
IV.	Das Selbstauflösungsrecht in der synoptischen Darstellung des Verfassungs- und Rechtsausschusses vom 7. Juni 1991	126
1.	Art. 54 Abs. 1 GE-II: Einigkeit hinsichtlich des Selbstauflösungsrechtes.....	126
2.	Die unstreitige Fassung des Art. 54 Abs. 1 GE-II nach der siebenten Klausurtagung am 31. Januar/ 1. Februar 1992 nach Auswertung der Bürgerzuschriften und der Anhörungen	127
V.	Drucksache 1/ 1800 - „Beschlussempfehlung und Bericht zu den Drucksachen 1/13, 1/25, 1/26, 1/29 des Verfassungs- und Rechtsausschusses“ vom 18. Mai 1992	128
1.	Die Abstimmung über Art. 54 GE-II und den Gesamtentwurf auf der neunten Klausurtagung des Verfassungs- und Rechtsausschusses am 4./ 5. April 1992	128
2.	Einigung auf die Formulierung der Beschlussempfehlung und die Grundlagen des Verfassungsentwurfes nach dem Bericht des Verfassungs- und Rechtsausschusses vom 18. Mai 1992 unter besonderer Berücksichtigung des Selbstauflösungsrechtes	129
VI.	Zweite Lesung des Entwurfs Verfassung des Freistaates Sachsen - Plenarprotokoll 1/46 vom 25./ 26. Mai 1992	129
1.	Keine Erörterung des Selbstauflösungsrechtes	129
2.	Verabschiedung der Sächsischen Verfassung	130

§ 12 Die Formulierung des Selbstauflösungsrechtes in Art. 58 SächsVerf - Vergleich mit den entsprechenden Regelungen in den Vorläuferverfassungen und Verfassungsentwürfen	131
I. Vergleich der historischen Vorläufer mit der Sächsischen Verfassung vom 27. Mai 1992.....	131
1. Höhe des Beschlussquorums	131
2. Anwesenheitserfordernis	132
3. Antragserfordernis	132
II. Rechtlicher Vergleich der Verfassungsentwürfe mit der geltenden Sächsischen Verfassung	132
1. Formale Abweichungen gegenüber dem Entwurf der parlamentarischen Arbeitsgruppe des Bezirkstages Dresden....	133
2. Veränderungen gegenüber den Entwürfen der „Gruppe der 20“ und dem Entwurf sächsischer Hochschullehrer	133
III. Stellungnahme	134
1. Materieller Gehalt des Selbstauflösungsrechtes?	134
2. Beschlussquorum.....	134

Dritter Teil

Das Selbstauflösungsrecht des Sächsischen Landtages in Abgrenzung zu anderen Möglichkeiten der vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode und seine Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz

Erstes Kapitel

Die verfassungsrechtliche Ausgestaltung des Selbstauflösungsrechtes des Sächsischen Landtages

§ 13 Auslegung des Art. 58 SächsVerf	136
I. Wortauslegung der einzelnen Begriffsmerkmale	136
1. Landtag	136
2. Beschluss	137
3. Seiner Mitglieder	138
4. 2/3-Beschlussquorum	139
5. Selbst auflösen.....	139

II.	Systematische Auslegung	140
1.	Beschränkung des Selbstauflösungsrechtes aufgrund des Ausnahmecharakters der Norm?	140
2.	Kollision des Selbstauflösungsrechtes mit der fünfjährigen Wahlperiode - Art. 58 SächsVerf als verfassungswidriges Verfassungsrecht?	141
3.	Beschränkung des Selbstauflösungsrechtes aufgrund des parlamentarisch-repräsentativen Systems der Sächsischen Verfassung?	142
4.	Selbstauflösungsrecht und freies Mandat	143
a.	Maßgeblichkeit des eigenen Entschlusses der Abgeordneten	143
b.	Grenzen des freien Mandates	144
aa.	Gewissensentscheidung der Minderheit	144
bb.	Strafrechtliche Grenzen	146
cc.	Missbrauchsgrenze	147
III.	Teleologische Auslegung	149
1.	Lösung parlamentarischer Krisen und Rückgabe der Legitimation an das Wahlvolk	149
2.	Offene Verfassungsnorm	150
IV.	Genetische und historische Auslegung	151
1.	Motive für die offene Ausgestaltung des Selbstauflösungsrechtes im Rahmen der Verfassungsgebung	152
2.	Eingrenzungen des Normbereiches von Art. 58 SächsVerf im Lichte der Erfahrungen mit Art. 9 Abs. 1 SächsVerf 1920?	153
§ 14	Voraussetzungen und Folgen einer Selbstauflösung nach Art. 58 SächsVerf	154
I.	Anforderungen des Selbstauflösungsrechtes	154
1.	Verfassungsrechtliche Ausgangspunkte	155
a.	Beschluss	155
b.	Beschlussquorum	155
2.	Anforderungen an eine parlamentarische Selbstauflösung nach der Geschäftsordnung des Sächsischen Landtages	156
a.	Das Antragsquorum in § 56 S. 1 GO-SLT	157
b.	Weitere Voraussetzungen nach § 56 GO-SLT	158
c.	Folgen eines Verstoßes gegen § 56 GO-SLT	158
3.	Die Besonderheit der Sächsischen Regelung - Aufteilung der Anforderungen an eine Selbstauflösung zwischen Geschäftsordnung und Verfassung	159

II.	Verfassungsrechtliche Folgen einer Selbstauflösung	160
1.	Neuwahlen binnen sechzig Tagen und Diskontinuitätsgrundsatz	160
2.	Befugnisse des aufgelösten Landtages	161
3.	Amtsbeendigung der Regierung	162
III.	Verfassungsgerichtliche Kontrolle eines Selbstaufhebungsbeschlusses	163
1.	Organstreitverfahren als Rechtsbehelf einzelner Abgeordneter, der Landtagsfraktionen und der Landtagsparteien	163
a.	Zulässigkeitsvoraussetzungen	164
aa.	Beteiligtenfähigkeit	164
bb.	Antragsbefugnis	165
cc.	Frist- und Formerfordernisse	166
b.	Begründetheit des Antrages	167
aa.	Formelle Verfassungsmäßigkeit	167
bb.	Materielle Verfassungsmäßigkeit	167
c.	Folgen der Verfassungswidrigkeit einer Selbstauflösung ...	168
2.	Verfassungsbeschwerde als Rechtsbehelf der Abgeordneten und der Wahlbürger?	169
a.	Fehlende Beteiligtenfähigkeit der Abgeordneten	170
b.	Keine Rechtsverletzung der Wahlbürger	170

Zweites Kapitel

Einordnung des Selbstauflösungsrechtes in die verfassungsrechtliche Systematik der anderen Möglichkeiten der Landtagsauflösung

§ 15	Das Selbstauflösungsrecht und die Auflösung des Landtages im Falle des Misslingens der Wahl des Ministerpräsidenten	171
I.	Verfassungsrechtliche Voraussetzungen der Auflösung nach Art. 60 Abs. 3 SächsVerf	171
1.	Nichtwahl des Ministerpräsidenten im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gem. Art. 60 Abs. 1 SächsVerf	172
2.	Nichterreichen der einfachen Mehrheit in weiteren Wahlgängen gem. Art. 60 Abs. 2 SächsVerf	172
II.	Funktionen der Auflösung des Landtages nach gescheiterter Wahl des Ministerpräsidenten	173
1.	Vermeidung einer geschäftsführenden Regierung	173
2.	Rückführung der politisch-rechtlichen Legitimation der Regierung auf einen Akt des neugewählten Landtages	174

III. Genese und historische Vorläufer des Art. 60 Abs. 3 SächsVerf	174
1. Erstmalige Aufnahme dieser Möglichkeit der vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode im Rahmen der Entstehung der Sächsischen Verfassung von 1992	175
2. Nähere Ausgestaltung im Verfassungs- und Rechtsausschuss	175
IV. Verhältnis des Selbstauflösungsrechtes zu Art. 60 Abs. 3 SächsVerf	176
1. Vorrang der spezielleren Vorschrift zur Regierungsbildung	177
2. Entbehrlichkeit des Art. 60 Abs. 3 SächsVerf neben dem Selbstauflösungsrecht?	178
3. Umgehung der Anforderungen an das Selbstauflösungsrecht durch absichtliches Scheiternlassen der Regierungsbildung? ...	178
§ 16 Weitere Möglichkeiten der Landtagsauflösung nach der Sächsischen Verfassung?	179
I. Landtagsauflösung im Zusammenhang mit einer Vertrauensfrage?	179
1. Zulässigkeit des Stellens einer Vertrauensfrage	179
a. Organkompetenz des Landtages als Rechtsgrundlage	180
b. Keine unmittelbare Befugnis des Ministerpräsidenten zu Neuwahlen bei Ablehnung der Vertrauensfrage	180
2. Die Vertrauensfrage und ihre Nichtaufnahme in die Sächsische Verfassung	180
a. Die Vertrauensfrage in den Entwürfen zur Sächsischen Verfassung von 1992	181
b. Die Ablehnung der Vertrauensfrage im Verfassungs- und Rechtsausschuss	182
3. Notwendigkeit einer Vertrauensfrage im parlamentarischen Regierungssystem?	182
II. Alternativität von Selbstauflösungsrecht und Auflösung des Landtages durch Volksentscheid?	183
1. Die Diskussionen im Verfassungs- und Rechtsausschuss - Wegfall der Landtagsauflösung durch Volksentscheid	184
a. Unterschiedliche Ausgestaltung in den Verfassungsentwürfen	184
b. „Unangemessenheit“ von Volksgesetzgebung und Landtagsauflösung durch Volksentscheid	184
2. Stellungnahme zu der nicht verwirklichten Möglichkeit der Landtagsauflösung durch Volksentscheid	186
III. Auflösung des Landtages durch die Regierung?	186
1. Der Vorschlag von Martin Böttger	186

2. Historische Erscheinungsformen dieser Auflösungsmöglichkeit	187
3. Stellungnahme	187
§ 17 Zusammenfassende Stellungnahme	188
I. Verfassungshistorische und verfassungsgenetische Aspekte	188
1. Verfassungshistorische Kontinuität des Selbstaufhebungsrechtes	188
2. Wesentliche Übereinstimmung der Auflösungsmöglichkeiten mit dem Gohrischen Entwurf	189
II. Das Selbstaufhebungsrecht als notwendiges Instrument im parlamentarischen System	189
1. Regelung unterschiedlicher Konstellationen	189
2. Wahrung der Stabilität des politischen Systems durch erhöhte Mehrheitserfordernisse	190
3. Instrument zur Verwirklichung der Parlamentsautonomie und der Volkssouveränität	190

Drittes Kapitel

Die Vereinbarkeit des Selbstaufhebungsrechtes gem. Art. 58 SächsVerf mit dem Grundgesetz

§ 18 Das Homogenitätsprinzip als Ausprägung des Bundesstaatsprinzips	193
I. Inhalt des Homogenitätsprinzips	194
1. Wahrung der Grundstrukturen des demokratischen Prinzips	195
2. Bindung an das Rechtsstaatsprinzip	196
II. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das Homogenitätsprinzip	196
1. Nichtigkeitsfolge bei Verstoß gegen Art. 28 Abs. 1 S. 1 GG ...	197
2. Gewährleistungsmittel	197
§ 19 Art. 58 SächsVerf und die Vorgaben des Homogenitätsprinzips	197
I. Demokratische Vorgaben	197
1. Vereinbarkeit des Selbstaufhebungsrechtes mit dem parlamentarisch-repräsentativen System des Grundgesetzes	198
2. Wahrung des Mehrheitsprinzips	198
3. Wahrung der parlamentarischen Minderheitenrechte	200
4. Schutz des freien Mandates	201
II. Rechtsstaatliche Vorgaben	202
1. Bestimmtheitsgebot und Missbrauchsverbot	202
2. Vertrauensschutz der Abgeordneten und der Wähler	203

Vierter Teil

Das Selbstauflösungsrecht des Sächsischen Landtages im innerdeutschen und europäischen parlamentarischen Vergleich

Erstes Kapitel

Innerdeutscher Verfassungsvergleich

§ 20 Das Selbstauflösungsrecht und seine verfassungsrechtliche Bedeutung in den einzelnen Bundesländern	206
I. Das Selbstauflösungsrecht in den neuen Bundesländern	206
1. Sachsen-Anhalt	207
2. Brandenburg	210
3. Mecklenburg-Vorpommern	212
4. Thüringen	214
5. Zwischenfazit	216
II. Die Ausgestaltung des Selbstauflösungsrechtes in den Verfassungen der alten Bundesländer, die vor dem Grundgesetz in Kraft getreten sind	217
1. Das Selbstauflösungsrecht des Bayerischen Landtages	217
2. Das Selbstauflösungsrecht des Hessischen Landtages	219
3. Rheinland-Pfalz - Selbstauflösung durch absoluten Mehrheitsbeschluss	220
4. Bremen - Einführung des Selbstauflösungsrechtes 1994	221
5. Saarland - Zweidrittelquorum seit 1947	226
6. Zwischenfazit	228
III. Die Ausgestaltung des Selbstauflösungsrechtes in den Verfassungen der alten Bundesländer, die nach dem Grundgesetz in Kraft getreten sind	229
1. Die Einführung des Selbstauflösungsrechtes in Schleswig-Holstein 1990 als Konsequenz der sog. „Barschel-Affäre“	230
2. Das Selbstauflösungsrecht in Nordrhein-Westfalen	232
3. Die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode durch Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin	235
a. Anforderungen nach Art. 54 Abs. 2 BerlVerf	235
aa. 2/3-Beschlussquorum	236
bb. Verfassungswidrigkeit des Selbstauflösungsrechtes mangels materieller Voraussetzungen?	236

b.	Einigkeit unter den Verfassungsentwürfen hinsichtlich des Zweidrittelquorums	237
c.	Weitere Möglichkeiten zur vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode	238
4.	Das Selbstauflösungsrecht in Niedersachsen: Einmaliges Beschlussquorum	238
5.	Freie und Hansestadt Hamburg - Vorzeitige Beendigung der Wahlperiode mit absoluter Mehrheit	243
6.	Aufnahme des Selbstauflösungsrechtes in die Verfassung von Baden-Württemberg durch Verfassungsänderung vom 15. Februar 1995	245
a.	Anforderungen an eine Selbstauflösung nach Art. 43 Abs. 1 BaWüVerf.	245
b.	Genese des Selbstauflösungsrechtes	245
aa.	Ablehnung des Selbstauflösungsrechtes durch den Verfassungsausschuss der Verfassunggebenden Landesversammlung 1952	246
bb.	Gesetzentwurf zur Aufnahme des Selbstauflösungsrechtes in die Landesverfassung 1994	247
cc.	Einführung des Selbstauflösungsrechtes als Teil der umfassenden Verfassungsreform 1995	249
c.	Vergleich zwischen Baden-Württemberg und Sachsen hinsichtlich anderer Möglichkeiten der vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode	250
d.	Die Anforderungen an das Selbstauflösungsrecht in Baden-Württemberg im Vergleich zu Sachsen	251
7.	Zwischenfazit	252
IV.	Folgen einer Selbstauflösung	253
1.	Unterschiedliche Fristen bis zur Neuwahl	253
2.	Befugnisse aufgelöster parlamentarischer Vertretungen	254
3.	Grundsatz der Diskontinuität und Ende der Amtszeit der Regierung	255
V.	Verhältnis des formellen Selbstauflösungsrechtes zu anderen Möglichkeiten der vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode	256
1.	Selbstauflösung und vorzeitige Beendigung der Wahlperiode nach gescheiterter Regierungsbildung	257
a.	Vorrang der Vorschriften zur Regierungsbildung	257
b.	Keine Umgehung der Voraussetzungen des formellen Selbstauflösungsrechtes durch absichtlich scheiternde Regierungsbildung	259

2. Selbstaufhebungsrecht und vorzeitige Beendigung der Wahlperiode nach gescheiterter Vertrauensfrage.....	259
a. Vorrang der Vertrauensfrage ab Antragstellung	260
b. Keine Umgehung der jeweiligen Voraussetzungen	261
3. Selbstaufhebungsrecht und vorzeitige Beendigung der Wahlperiode nach erfolgreichem Misstrauensvotum.....	262
4. Selbstaufhebungsrecht und vorzeitige Beendigung der Wahlperiode durch Volksentscheid.....	263
5. Selbstaufhebungsrecht und vorzeitige Beendigung der Wahlperiode durch die Regierung.....	263
6. Zwischenfazit	264
§ 21 Versuch einer Gruppenbildung und Zwischenresümee.....	265
I. Anforderungen an den Selbstaufhebungsbeschluss.....	265
1. Unterschiede bei den Antrags- und Beschlussquoren	265
a. Einteilung nach den erforderlichen Beschlussquoren	266
b. Unterscheidung nach den erforderlichen Antragsquoren....	267
c. Übereinstimmungen bei der Kombination von Beschluss- und Antragserfordernissen	268
2. Weitere Anforderungen an eine Selbstaufhebung in einigen Bundesländern	269
3. Regionale Aspekte.....	270
II. Gründe für die unterschiedlichen Ausgestaltungen der Selbstaufhebungsbefugnis	271
1. Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt der Aufnahme des Selbstaufhebungsrechtes in die Verfassungen und dem Beschlussquorum.....	271
2. Zusammenhang zwischen der Zusammensetzung der verfassungsgebenden Landesversammlungen und der Ausgestaltung des Selbstaufhebungsrechtes?.....	273
3. Zusammenhang zwischen der Dauer der Wahlperiode und dem Beschlussquorum?.....	274
III. Zusammenfassende Stellungnahme	275
1. Notwendigkeit des Selbstaufhebungsrechtes neben anderen Möglichkeiten der vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode.....	275
2. Wesentliche Übereinstimmung hinsichtlich der Anforderungen an einen Selbstaufhebungsbeschluss.....	276

Zweites Kapitel

Europäischer Verfassungsvergleich in Auswahl

§ 22 Das Selbstauflösungsrecht in Österreich	277
I. Vergleich der Auflösungsmöglichkeiten auf Bundesebene	277
1. Das Selbstauflösungsrecht nach Art. 29 Abs. 2 B-VG Ö.....	278
2. Weitere Möglichkeiten der vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Nationalrates.....	280
3. Die österreichische Auflösungspraxis	282
II. Das Selbstauflösungsrecht auf Landesebene.....	283
1. Anforderungen an eine Selbstauflösung nach den österreichischen Landesverfassungsgesetzen.....	283
a. Keine expliziten materiellen Voraussetzungen	283
b. Anwesenheits- und Beschlussquoten	285
c. Sonstige Anforderungen hinsichtlich der Selbstauflösung	287
d. Folgen einer Selbstauflösung	288
2. Vergleich der Ausgestaltung der Selbstauflösungsrechte in den österreichischen und deutschen Landesverfassungen	289
3. Landtagsauflösung durch Bundesorgane.....	290
§ 23 Auflösungsmöglichkeiten in anderen ausgewählten Mitgliedstaaten der Europäischen Union	291
I. Überblick über das Selbstauflösungsrecht in Litauen, Polen, Ungarn und Zypern	291
1. Voraussetzungen des Selbstauflösungsrechtes.....	292
2: Folgen einer Selbstauflösung	294
3. Sozialistische Vergangenheit als Ursache der Häufung des Selbstauflösungsrechtes in den Beitrittsländern?.....	295
4. Das Selbstauflösungsrecht im funktionalen Zusammenhang....	296
5. Zwischenfazit	297
II. Sonderfall Großbritannien - Auflösung des Unterhauses aufgrund von Verfassungskonventionalregeln	298
1. Selbstauflösungsrecht des britischen Unterhauses?	299
2. Das Auflösungsrecht des Premierministers.....	300
3. Stellungnahme	302

Fünfter Teil

Verfassungsrechtspolitische Folgerungen und Perspektiven für das Selbstauflösungsrecht des Sächsischen Landtages und für den Deutschen Bundestag

Erstes Kapitel

Verfassungsrechtspolitische Folgerungen für Art. 58 SächsVerf

§ 24 Anforderungen an Art. 58 SächsVerf	304
I. Aufnahme materieller Tatbestandsmerkmale?	304
1. Bestimmtheit des Selbstauflösungsrechtes - Zweckmäßigkeit einer tatbestandlichen Beschränkung?	305
2. Unvollständigkeit und Ungenauigkeit materieller Tatbestandsmerkmale im Rahmen des Selbstauflösungsrechtes	307
II. Kritische Auseinandersetzung mit den formellen Tatbestandsmerkmalen	308
1. Drei-Fünftel-Mehrheit als praktikableres Beschlussquorum	308
2. Verankerung des Antragsquorums in der Verfassung	311
3. Aufnahme einer Überlegungsfrist in den Verfassungstext	312
4. Beschlussfassung spätestens am dreißigsten Tag nach Einbringung des Antrages	313
5. Verbindung der Landtagsauflösung mit einem Neuwahltermin?	314
§ 25 Vorschlag zur Änderung des Art. 58 SächsVerf	314
I. Voraussetzungen einer Verfassungsänderung	315
1. Verfassungsänderung durch Landtagsgesetz	316
2. Verfassungsänderung durch Volksentscheid	316
II. Folgen der vorgeschlagenen Verfassungsänderung	317
1. Begleitende Verfassungsänderungen	317
2. Änderung von § 56 GO-SLT	318

Zweites Kapitel

Verfassungsrechtspolitische Überlegungen zur Aufnahme eines Selbstauflösungsrechtes des Bundestages in das Grundgesetz

§ 26 Vorschläge und Empfehlungen zur Aufnahme eines Selbstauflösungsrechtes auf Bundesebene - Bestandsaufnahme	320
I. Die Empfehlung der Enquête-Kommission Verfassungsreform 1976	320
1. Ursachen der Reformvorschläge	320
a. Die Konstellation von 1966.....	321
b. Die Auflösung des 6. Deutschen Bundestages im September 1972.....	322
2. Die Begründung der Kommission für die Aufnahme eines Selbstauflösungsrechtes in das Grundgesetz und Stellungnahmen zum Kommissionsvorschlag.....	323
3. Die Ablehnung des Kommissionsvorschlages in der 8. Wahlperiode (1976-1980)	326
4. Stellungnahme	327
II. Die Beratungen der Gemeinsamen Verfassungskommission in der 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages (1990-1994)	328
1. Der Ausgangspunkt für die Überlegungen der Gemeinsamen Verfassungskommission hinsichtlich der Einführung eines Selbstauflösungsrechtes in das Grundgesetz	329
2. Die Empfehlung der Gemeinsamen Verfassungskommission im Jahre 1993	329
a. Anfänglicher Konsens über die Einführung eines Selbstauflösungsrechtes in das Grundgesetz.....	330
b. Der Meinungswandel der CDU/ CSU-Fraktion	333
3. Stellungnahme	334
III. Überlegungen zur Aufnahme eines Selbstauflösungsrechtes in das Grundgesetz anlässlich der Auflösung des 15. Deutschen Bundestages im Jahr 2005	335
1. Einigkeit über das Erfordernis eines hohen Beschlussquorums	335
2. Die aktuelle Rechtslage nach dem Grundgesetz: Kein Selbstauflösungsrecht	336

§ 27 Selbstaufhebungsbezugnis des Bundestages durch manipulierte Vertrauensversagung bzw. absichtlich scheiternde Wahl des Bundeskanzlers? - Das Umgehungsargument	337
I. Der manipulative Weg über Art. 68 GG	337
1. Die Vertrauensfragen 1972, 1982/ 83 und 2005	338
a. Die Bundestagsauflösung 1972	338
b. Die Bundestagsauflösung 1983	339
c. Die Bundestagsauflösung 2005	340
2. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes 1983 und 2005	341
a. Das Mehrheitsvotum 1983	341
b. Das Mehrheitsvotum 2005	342
3. Kritische Auseinandersetzung	344
a. Auslegung des Art. 68 GG	344
b. Einschätzungsspielraum des Bundeskanzlers	348
c. Rolle des Bundespräsidenten	349
d. Prüfungsumfang des Bundesverfassungsgerichtes	350
e. Subsumtionsprobleme	351
4. Zwischenfazit	354
II. Selbstaufhebung durch Umgehung der Voraussetzungen des Art. 63 Abs. 4 GG?	356
1. Mögliche Manipulation des Art. 63 Abs. 4 GG	356
2. Verfassungswidrigkeit der Umgehung des Art. 63 Abs. 4 GG	357
§ 28 Erforderlichkeit eines Selbstaufhebungsrechtes des Bundestages im Grundgesetz	358
I. Vermeidung von Verfassungsmanipulationen	358
1. Keine „Verbiegung“ des Art. 68 GG	359
2. Keine „Verbiegung“ des Art. 63 Abs. 4 GG	359
II. Weitere Gründe für ein Selbstaufhebungsrecht im Grundgesetz	359
1. Bundestagsauflösung auch ohne Krise	360
2. Ausgleich der Schwächung des Bundestages als Institution	360
3. Erfahrungen der Bundesländer	361
§ 29 Die Vereinbarkeit eines Selbstaufhebungsrechtes des Bundestages mit dem Grundgesetz	362
I. Vereinbarkeit mit dem Demokratieprinzip	363
1. Grundsatz der repräsentativen Demokratie	364
2. Wahrung des Mehrheitsprinzips	365
3. Wahrung der parlamentarischen Minderheitenrechte	366
4. Schutz des freien Mandates	367

II. Vereinbarkeit mit dem Rechtsstaatsprinzip.....	368
1. Wahrung des Bestimmtheitsgrundsatzes.....	368
a. Bestimmtheit des Selbstauflösungsrechtes.....	369
b. Klarheit des Normensystems.....	369
2. Vertrauensschutz der Abgeordneten und der Wähler.....	370
§ 30 Die Bedeutung des Weimar-Argumentes für das Grundgesetz.....	371
I. Die Auflösung des Reichstages nach der Weimarer Reichsverfassung.....	371
1. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben nach Art. 25 WRV	372
2. Die vorzeitige Beendigung aller acht Reichstage der Weimarer Republik	375
II. Auswirkungen der Weimarer Auflösungspraxis auf das Grundgesetz	376
1. Von den Verfassungsvorentwürfen bis zum Herrenchiemseer Verfassungskonvent	376
2. Die Vorstellungen des Parlamentarischen Rates.....	379
III. Grund und Grenzen der Parlamentsauflösung - Auseinandersetzung mit den Erfahrungen Weimars	382
1. Unterschiedliche Ausgangssituationen.....	382
2. Veränderte Verfassungsrechtslage und Verfassungswirklichkeit.....	383
3. Die schwindende Bedeutung des „Weimar-Argumentes“	384
§ 31 Rechtspolitischer Vorschlag für ein Selbstauflösungsrecht des Bundestages im Grundgesetz	385
I. Anforderungen an ein Selbstauflösungsrecht des Bundestages	385
1. Aufnahme materieller Voraussetzungen?	386
2. Beschlussquorum.....	386
3. Antragsquorum.....	387
4. Aufnahme einer Überlegungsfrist	388
5. Verfahrensmäßiger Abschluss nach dreißig Tagen.....	388
6. „Vorzeitige Beendigung der Wahlperiode“	389
7. Einführung des Selbstauflösungsrechtes in einer laufenden Wahlperiode?.....	389
II. Art. 39 Abs. 3 n.F. - Formulierungsvorschlag.....	390
1. Voraussetzungen einer Verfassungsänderung.....	391
2. Auswirkungen der Einführung eines Selbstauflösungsrechtes auf Bundesebene	391
a. Begleitende Änderungen der Artt. 39 Abs. 1 S. 4, 58 S. 2, 63 Abs. 4 S. 3, 68 Abs. 1 S. 1, 81 Abs. 1 S. 1, 115 h Abs. 3 GG	391

b. Streichung der Vertrauensfrage?	392
c. Verlängerung der Wahlperiode auf fünf Jahre?	393
d. Begleitende Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages	393

Zusammenfassung und Ergebnisse der Arbeit	395
--	------------

Anhang	407
--------------	-----

A. Rechtsquellen	407
------------------------	-----

B. Übersichten	427
----------------------	-----